

FDP zu aktuellen Großbauvorhaben in der Innenstadt: Oberbürgermeister soll zur Einwohnerversammlung einladen!

Für die nächste Sitzung des Rates am 7. Mai beantragt die FDP-Stadtratsfraktion, dass der Oberbürgermeister eine Einwohnerversammlung durchzuführen soll, die sich mit den aktuellen Planungen oder Vorhaben befasst, die die Entwicklung der Stadt unmittelbar und nachhaltig beeinflussen.

Dazu gehören nach Ansicht der FDP die folgenden Vorhaben:

- der Abriss und Neubau oder Sanierung des Seidenweberhauses
- Neubau eines Textilkaufhauses durch die Firma Peek & Cloppenburg
- Umbau des Haltestellenbereiches Ostwall/Rheinstraße
- die Errichtung zweier neuer Passagen am Ostwall
- der Umbau des Gebäudes der früheren Werkkunstschule durch die Wohnstätte bzw. Bau GmbH
- Umbau des früheren Stadtbades Neusser Straße sowie
- die Neuanlage eines Josef-Beuys-Platzes vor dem Kaiser-Wilhelm-Museum.

Gemäß § 23 I GO NRW i.V.m. § 3 Abs.3 der Hauptsatzung der Stadt kann der Rat Einwohnerversammlungen durchführen, wenn es sich um Planungen oder Vorhaben handelt, die die Entwicklung der Stadt unmittelbar und nachhaltig beeinflussen oder die mit erheblichen Auswirkungen für eine Vielzahl von Einwohnern verbunden sind. Die Einwohnerversammlung kann auf Teile des Stadtgebietes beschränkt werden. Entsprechend § 3 Abs. 4 der Hauptsatzung obliegt die Festlegung, Durchführung und Leitung der Einwohnerversammlung dem Oberbürgermeister/der Oberbürgermeisterin. Die Einwohner werden durch öffentliche Bekanntmachung eingeladen. Die Fraktionen des Rates und die Bezirksvertretungen, deren Stadtbezirk unmittelbar berührt wird, sind zu den Einwohnerversammlungen einzuladen. Eine Einwohnerversammlung wurde erstmalig im Jahre 1984 im Zusammenhang mit der damals vorgesehenen Sanierung des Ostwalls einberufen.

„Die oben genannten Vorhaben oder Planungen beeinflussen die Entwicklung der Stadt unmittelbar und nachhaltig. Der Umbau des Haltestellenbereiches Ostwall/Rheinstraße steht zum Beispiel mit der Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs in direktem Zusammenhang und soll einen Akzent für die Entwicklung der Innenstadt setzen. Der Neubau eines Textilkaufhauses durch die Firma Peek & Cloppenburg sowie die geplante Errichtung zweier neuer Passagen am Ostwall beeinflussen die Entwicklung des Einzelhandels in Krefeld. Auch der mögliche Abriss und Neubau oder der Rückbau des Seidenweberhauses hat einen unmittelbaren- und nachhaltigen Einfluss auf die Entwicklung der Stadt. Gleiches gilt für den Umbau des Gebäudes der früheren Werkkunstschule, die mögliche Sanierung und Umbau des früheren Stadtbades Neusser Straße und die Neuanlage eines Josef Beuys-Platzes vor dem Kaiser-Wilhelm-Museum“, erklärt Ratsherr Joachim Konow, Mitglied in der Bezirksvertretung Mitte.

Die Vorhaben, mit Ausnahme des Kaufhauses der Firma Peek & Cloppenburg, der privat finanzierten Ostwallpassage sowie der Sanierung des früheren Stadtbades Neusser Straße, würden mit städtischen Geldern, bzw. mit Geldern städtischer Töchter wie der SWK und der Wohnstätte, finanziert. Die Finanzierung hätte somit unmittelbare Auswirkungen auf den städtischen Haushalt bzw. die Haushalte der städtischen Töchter. Dies sei auch dann der Fall, falls hinsichtlich des Seidenweberhauses eine Finanzierung nach PPP-Modellen erfolgen würde. „Eine Kostenermittlung darüber, was eine Sanierung des Seidenweberhauses oder ein entsprechender Neubau kosten würde, gibt es bis heute nicht“, so Konow.

Die Durchführung einer Einwohnerversammlung durch den Oberbürgermeister sei erforderlich, da die Krefelder Bürger bisher nicht ausreichend über die angeführten Vorhaben oder Planungen informiert seien.

Sporadisch berichte zwar die Presse über Einzelaspekte dieser Vorhaben. Gelegentlich berichte die Verwaltung dem Planungsausschuss, dem Bauausschuss oder dem Stadtrat über Teilbereiche der bezeichneten Planungen. „Kompakte und umfassende“ Informationen zu den genannten Vorhaben fehlten jedoch weitgehend.

„Auch die Politik ist nicht sehr viel besser als der normale Einwohner der Stadt Krefeld informiert. Zum Beispiel wurden bis heute keine Architektenpläne zum Bauvorhaben der Firma Peek & Cloppenburg veröffentlicht. Die Durchführung einer Einwohnerversammlung würde auch dadurch, dass die Einwohner mehr bei diesen großen Bauvorhaben beteiligt werden, dazu führen, dass sich die Einwohner mehr für „ihre Stadt“ verantwortlich fühlen“, so Konow.